

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 54 (1962)
Heft: 3

Artikel: Die schweizerische Wirtschaft im Jahre 1961
Autor: Hardmeier, Benno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354013>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDschau

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 3 - MÄRZ 1962 - 54. JAHRGANG

Die schweizerische Wirtschaft im Jahre 1961

Wachsende Prosperität und Hochkonjunktur kennzeichnen den Stand der schweizerischen Wirtschaft im Jahre 1961. Einkommen und Preise, Investitionen und Konsum sind gestiegen, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte hat in alarmierendem Tempo zugenommen, Exporte und Importe erreichten neue Rekorde, die Bautätigkeit bewegte sich an der obersten Grenze, die Aktienkurse kletterten in die Höhe, gewaltige Gewinne wurden von den Unternehmern erzielt. In sämtlichen Rückblicken auf das verflossene Wirtschaftsjahr stellen die Kommentatoren fest, das Jahr 1961 habe selbst die kühnsten Erwartungen übertroffen. Die lebhafteste Nachfrage nach Konsumgütern und die außerordentliche Investitionstätigkeit waren die Hauptstützen der Hochkonjunktur, deren Weiterentwicklung anfangs 1962 etwas unsicher geworden ist.

Rückblick auf die Weltwirtschaft

In Westeuropa herrschte im Jahre 1961 Hochkonjunktur. Die fortschreitende wirtschaftliche Integration gab der europäischen Wirtschaft zusätzliche Impulse. Anzeichen für eine mit inflationären Tendenzen verbundene Ueberhitzung waren da und dort festzustellen. Bezeichnend für die Konjunkturlage mag die Tatsache sein, daß auch die bisher schwächeren Volkswirtschaften (Oesterreich, Italien) mitgerissen wurden und hohe Wachstumsraten ausweisen konnten. Verschiedene Regierungen griffen zu konjunkturdämpfenden Maßnahmen. Erwähnenswert ist namentlich die im Frühjahr 1961 erfolgte Aufwertung der Deutschen Mark und des holländischen Guldens. Eine gewisse Beruhigung der Konjunkturlage begann sich in der zweiten Jahreshälfte abzuzeichnen. Das stürmische Wirtschaftswachstum ging in ein gemächlicheres Tempo über. Dies gilt insbesondere für die Deutsche Bundesrepublik, die immer ausgeprägter zum Knotenpunkt der westeuropäischen Konjunktur

wird. Wollte man für die drei wichtigsten europäischen Staaten einige charakteristische Merkmale ihrer Wirtschaftslage im Jahre 1961 nennen, so könnten folgende Stichworte gegeben werden: In Großbritannien steht das Problem der Stabilität des Pfundes und des Gleichgewichtes der Zahlungsbilanz im Vordergrund; das wirtschaftliche Wachstum ist unbefriedigend. Die französische Wirtschaft, immer noch ziemlich unausgeglichen, ist erstarkt und floriert; Preisauftriebstendenzen sind verbunden mit schwelender sozialer Unruhe; die Hauptgefahr droht Frankreich aber weniger von wirtschaftlicher als vielmehr von politischer Seite. Westdeutschland weist die größte Expansionsrate auf; es besteht ein Zahlungsbilanzproblem mit – im Vergleich zu Großbritannien – umgekehrten Vorzeichen; die konjunkturelle Anspannung ließ gegen Jahresende leicht nach.

Die Vereinigten Staaten steckten zu Beginn des Jahres in einer Rezession. Ende 1960 zählte man 4,5 Millionen Arbeitslose, das sind 6,5 Prozent der verfügbaren Arbeitskräfte. Im Frühling 1961 hatte die rückläufige amerikanische Wirtschaft den Tiefstand erreicht und begann sich langsam zu erholen. Der Wiederaufschwung wurde im Laufe des Sommers ausgeprägter. Er beruhte nicht zuletzt auf den hohen Staatsausgaben. Obwohl die Arbeitslosenquote in der zweiten Jahreshälfte leicht zurückging, gelang es den USA nicht, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu überwinden. Es wurde ausgerechnet, daß die amerikanische Wirtschaft, um die Zahl der Arbeitslosen nicht weiter ansteigen zu lassen, jährlich etwa 3 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen müßte. Noch ungelöst ist auch das Problem der defizitären amerikanischen Zahlungsbilanz. Unbefriedigend ist die Wachstumsrate, die nach Kennedy von 3,5 Prozent auf 4,5 Prozent gesteigert werden soll. Für Europa erfreulich ist die wachsende Unabhängigkeit des westeuropäischen Wirtschaftsraumes von der amerikanischen Konjunkturlage und das entschiedene Bestreben der Kennedy-Regierung, eine liberalere Handelspolitik der USA einzuleiten. Ein gefestigter atlantischer Wirtschaftsraum mit größtmöglicher Freiheit im Waren- und Kapitalverkehr könnte dem Wachstum der westlichen Wirtschaft und damit der Stärke des Westens nur förderlich sein.

Bezüglich der Wirtschaftslage der übrigen Welt sei lediglich festgehalten, daß für die vorwiegend Rohstoffe und Agrarprodukte produzierenden Länder das Jahr 1961 weniger günstig war. Die Preisentwicklung dieser Warenkategorien war für die Produzentländer eher ungünstig, und das Angebot lag über der Nachfrage, was sich für die Deviseneinnahmen der betroffenen Staaten nachteilig auswirkte. Den Entwicklungsländern wäre aber am besten geholfen, wenn es ihnen gelänge, für ihre Exportprodukte höhere Preise zu erzielen. Eine wirkliche Lösung des Problems der Entwicklungsländer wird sich auf die Dauer unter Ausklammerung der Handels-

politik nicht finden lassen. Die wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder werden in Zukunft den Handelsinteressen der Entwicklungsländer in vermehrtem Maße Rechnung tragen müssen.

Blick auf die schweizerische Wirtschaft

Einen einfachen Index, der den Stand der Konjunktur registriert, gibt es leider nicht. Immer müssen verschiedene Indices konsultiert werden, um gültige Schlußfolgerungen ziehen zu können. In der Schweiz wiesen im Jahre 1961 die verschiedenen Konjunkturbarometer auf Höchststand. Die Schönwetterperiode war von so langer Dauer, daß ständig nach Anzeichen für einen bevorstehenden Wetterumschlag Ausschau gehalten wurde. Der Umschwung ist aber nicht eingetreten. Dafür gab es – weil die Konjunktur zu überborden drohte – viele Ermahnungen seitens der Behörden und der Nationalbank, leider aber fast keine konkrete Maßnahmen zur Dämpfung der Konjunktur.

Entwicklung des Volkseinkommens

Ueber die Entwicklung des Volkseinkommens im Jahre 1961 liegen noch keine Zahlen vor. Auf Grund von Schätzungen wird man mit einem nominellen Zuwachs von nahezu 10 Prozent rechnen können, der sich bei Ausschaltung der Preissteigerungen auf vielleicht 7 bis 8 Prozent reduzieren wird. Im Jahre 1959 betrug das Netto-Sozialprodukt 31,5 Milliarden Franken. Es stieg im folgenden Jahr auf 34 Milliarden und dürfte 1961 bei rund 37 Milliarden Franken liegen. Daß sich in der Verteilung des Volkseinkommens auf Arbeitseinkommen, Geschäftseinkommen und Kapitaleinkommen sprunghafte Verschiebungen ergeben, ist unwahrscheinlich. Es hat sich gezeigt, daß der Anteil der drei Haupteinkommensgruppen seit zehn Jahren ziemlich konstant ist: Arbeitseinkommen 60 Prozent (vor dem Zweiten Weltkrieg 50 Prozent), Geschäftseinkommen 18 Prozent, Kapitaleinkommen 22 Prozent.

Preise und Umsätze

Nachdem im letzten Jahrzehnt die Schweiz zu den Ländern mit den geringsten Preissteigerungen gehört hat, änderte sich diese erfreuliche Entwicklung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres von Grund auf. Der Lebenskostenindex stieg im Jahre 1961 um 3,5 Prozent; er erreichte im Dezember 1961 den Stand von 191,2 Punkten, gegenüber 184,7 Punkten im gleichen Monat des Vorjahres. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich der Index von 181 Punkten im Jahre 1959 auf 183 Punkte im Jahre 1960, um dann im Jahre 1961 auf 187 Punkte zu klettern. Die Monatszahlen für 1961 ergeben folgendes Bild:

Monat	Gesamtindex	Nahrungsmittel	Miete
Januar	184	196	149
Februar	184	195	149
März	184	195	149
April	184	195	149
Mai	186	196	153
Juni	186	197	153
Juli	186	198	153
August	187	199	153
September	188	200	153
Oktober	188	201	153
November	191	206	157
Dezember	191	206	157
Jahresdurchschnitt	187	199	152

Am meisten ins Gewicht gefallen sind die Steigerungen bei den Nahrungsmittelpreisen (Brot, Milch, Butter, Käse, Teigwaren usw.) und die Erhöhung der Mieten. Bekanntlich ist der Landwirtschaft im Laufe des vergangenen Jahres ein ganzes Bukett von «Preis-anpassungen» zugestanden worden. Auf dem Wohnungssektor weisen die Mietpreise für Neuwohnungen nach wie vor eine starke Aufwärtsbewegung aus, und für die Altwohnungen gewährte der Bundesrat im Frühling 1961 eine fünfprozentige Erhöhung. Es waren also in erster Linie die politischen Preise, die im vergangenen Jahr stiegen, das heißt erhöht wurden und sich entsprechend im Index auswirkten. Darüber hinaus sind eine Reihe weiterer Preissteigerungen (insbesondere im Gastgewerbe) ohne Auswirkung auf den Index geblieben, da der Lebenskostenindex nicht sämtliche Preisänderungen registriert. Durch die massiven Preissteigerungen, die Lohnbewegungen nach sich ziehen müssen, werden die Konkurrenzbedingungen der schweizerischen Exportindustrie nachteilig beeinflusst. Allerdings braucht in Anbetracht unserer überhitzten Konjunktur eine gewisse Abkühlung der Exportkonjunktur nicht unbedingt negativ beurteilt zu werden.

Die große Konsumfreudigkeit der Schweizer und die Zunahme der Zahl der Lohnempfänger trieben die Kleinhandelsumsätze in die Höhe. Der Index der Kleinhandelsumsätze (pro Monat) stieg von 174,3 im Jahre 1960 um 10 Prozent auf 192,4 im Jahre 1961 (1949 = 100). Die Steigerung des Konsums war auf allen Sektoren ausgeprägt, am größten bei Möbeln, Metallwaren, Schreib- und Büromaschinen, Haushaltartikeln und erfreulicherweise auch bei Büchern und Kunstgegenständen.

Bautätigkeit

Der Produktionsapparat der schweizerischen Industrie wurde im Jahre 1961 weiter modernisiert und ausgedehnt. Die industriellen Neuinvestitionen haben ein konjunkturpolitisch gefährliches Ausmaß erreicht. Die starke Investitionsneigung der Unternehmer wurde durch das reichliche Kapitalangebot und die relative Flexibilität des Arbeitsmarktes (ausländische Arbeitskräfte) gefördert. Die äußerst rege industrielle Bautätigkeit kommt in der Zahl der von den Fabrikinspektoren begutachteten Bauvorlagen zum Ausdruck. Diese stiegen von insgesamt 3366 im Jahre 1960 auf 3886 im Jahre 1961, nahmen also um 15 Prozent zu; die Bauvorlagen für Neu- und Erweiterungsbauten erhöhten sich gar um 24 Prozent, nämlich von 1325 auf 1646.

Auch im Wohnungsbau sind die Vorjahreszahlen übertroffen worden. In den 65 von der Statistik erfaßten Städten wurden 1961 16 050 Wohnungen gebaut, gegenüber nur 14 523 im Jahre 1960. Dabei ist in den fünf Großstädten ein Rückgang zu verzeichnen (1960: 8520; 1961: 7938), was auf eine wesentliche Verlagerung der Wohnungsproduktion von den Großstädten in die Vorortsgemeinden hinweist. Aufschlußreich sind in dieser Beziehung die Ergebnisse der Stadt Zürich. In der Stadt selbst ging die Zahl der neuerstellten Wohnungen um 890 zurück, während in den Agglomerationsgemeinden (Adliswil, Küsnacht, Langnau, Wallisellen usw.) 403 Wohnungen mehr gebaut wurden.

Die ausgezeichnete Wirtschaftslage kommt auch in der Zunahme des Energieverbrauchs zum Ausdruck. Der Verbrauch elektrischer Energie machte im hydrographischen Jahr 1959/60 17,1 Milliarden kWh aus und stieg auf 18,1 Milliarden kWh im Rechnungsjahr 1960/61. Der Zuwachs war in der Gruppe Industrie am stärksten, während die Verbrauchssteigerung der Haushalte infolge des milden Winters relativ gering war.

Verbrauch von elektrischer Energie

Jahr	Mio kWh	Zunahme gegenüber Vorjahr in %
1957/58	15 085	2,9
1958/59	15 722	4,2
1959/60	17 076	8,6
1960/61	18 141	6,2

Arbeitsmarkt

Der Arbeitskräftebedarf war im vergangenen Jahr außerordentlich groß. Die Unternehmer liefen den Arbeitern – vor allem den qualifizierten Facharbeitern – nach; es ist kein Geheimnis, daß zum Teil ausgesprochene Konjunkturlöhne bezahlt wurden, um die not-

wendigen Arbeitskräfte anzuwerben. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte machte einen beängstigenden Sprung nach oben. Ende August wurden 548 000 kontrollpflichtige ausländische Arbeitskräfte in unserem Lande gezählt. Die Zunahme innert Jahresfrist betrug 113 000.

Ausländische Arbeitskräfte

	Ende August 1959	1960	1961
Saisonarbeiter	114 000	140 000	173 000
Nichtsaisonarbeiter . .	216 000	256 000	332 000
Grenzgänger	35 000	39 000	43 000
Insgesamt	365 000	435 000	548 000

Den Löwenanteil der ausländischen Arbeitskräfte stellt nach wie vor Italien. Am stärksten zugenommen hat die Zahl der Ausländer im Baugewerbe (+ 35 000) und in der Metall- und Maschinenindustrie (+ 31 000), aber auch in der Textilindustrie und im Gastgewerbe. Hingegen ist der Bestand an ausländischen Arbeitskräften in der Landwirtschaft sowie im Hausdienst zurückgegangen. Daraus ist ersichtlich, daß die konjunkturelle Anspannung im Baugewerbe und in der Metall- und Maschinenindustrie am stärksten war. Von den 548 000 kontrollpflichtigen Ausländern waren 174 000 Frauen und 374 000 Männer. «Während unter den männlichen ausländischen Arbeitskräften die Bauarbeiter (142 204), die Metallarbeiter (81 923), die gastgewerblichen Angestellten (27 497) und die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte (22 865) mit zusammen 274 489 oder 73 Prozent stark dominieren, konzentriert sich bei den Frauen die Hauptmasse – 116 192 oder 67 Prozent – auf die Textil- und Bekleidungsberufe (48 695), die gastgewerblichen Berufe (39 408) und den Hausdienst (28 089).» («Die Volkswirtschaft», Heft 10, 1961, S. 447.)

Es dürfte nun allmählich klar geworden sein, daß aus wirtschaftlichen wie auch aus staatspolitischen Gründen die Zunahme der Fremdarbeiter nicht mehr in diesem Tempo weitergehen kann. Rechnet man nämlich zu den kontrollpflichtigen noch die Zahl jener Ausländer hinzu, die aus der Kontrollpflicht entlassen wurden und die Niederlassungsbewilligung erhalten haben, so zeigt sich deutlich, daß wir uns – sofern nicht gebremst wird – mit Riesenschritten den unerfreulichen Verhältnissen vor dem Ersten Weltkrieg nähern, als 15 Prozent der schweizerischen Bevölkerung Ausländer waren. Die gegenwärtige Konjunkturlage ruft nach Dämpfungsmaßnahmen. Eines der Mittel besteht darin, den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte aufzuhalten. Erfreulicherweise scheint sich die Mehrzahl der Unternehmer dieser Erkenntnis nicht länger zu verschließen. Eine strengere Zulassungspraxis drängt sich auch deshalb auf, weil die Qualität der neu zuwandernden aus-

ländischen Arbeitskräfte rasch sinkt. Es kann wohl nicht bestritten werden, daß der starke Zustrom ausländischer Arbeitskräfte die Produktivität nachteilig beeinflusst und notwendige Rationalisierungen und Reorganisationen in manchen Fällen verzögert hat.

Außenhandel

Auf den Wogen der Hochkonjunktur trieb der schweizerische Außenhandel neuen Rekorden entgegen. Noch stärker angestiegen als der Export ist der Import. Der Einfuhrwert erhöhte sich von 9648 Mio Fr. im Jahre 1960 auf 11 644 Mio Fr. im Jahre 1961, was einer prozentualen Steigerung von 20,7 Prozent entspricht. Der Export nahm «nur» um 8,5 Prozent zu; er stieg von 8131 Mio Fr. auf 8822 Mio Fr. Aus dieser Entwicklung der Einfuhr- und Ausfuhrwerte ergibt sich eine starke Vergrößerung des Passivsaldos der Handelsbilanz – machte das Defizit 1960 1,5 Mia aus, so erhöhte es sich 1961 auf 2,8 Mia Fr.

Das Schwergewicht des Außenhandels hat sich noch mehr auf Europa verlagert. 78,7 Prozent der gesamten Einfuhren stammen aus Europa, 65,6 Prozent des Exports fließen in europäischen Länder. Wichtigster Handelspartner der Schweiz ist nach wie vor die Bundesrepublik Deutschland. Die Importe aus den EFTA-Staaten haben etwas stärker zugenommen (29,2 Prozent) als die Importe aus der EWG (23,6 Prozent), während die Exportsteigerung in beide Wirtschaftsräume bei 10 Prozent liegt. Größenmäßig fällt der Handel mit der EWG weit stärker ins Gewicht als der Handel mit unseren EFTA-Partnern. Die Einfuhr aus der EFTA macht 1,5 Mia Fr. aus, die Importe aus der EWG belaufen sich auf 7,3 Mia; die Ausfuhr in die EWG beträgt 3,7 Mia Fr. Ist unser Handel mit den EFTA-Staaten mehr oder weniger ausgeglichen, so ist der schweizerische Außenhandel mit den EWG-Staaten stark defizitär. Wir beziehen aus der EWG wertmäßig etwa doppelt so viel Waren, wie die Schweiz nach der EWG liefert.

An der Zunahme des Exportes innert Jahresfrist waren die Fabrikate mit 9,1 Prozent, die Rohstoffe mit 1,6 Prozent, die Lebens-, Genuß- und Futtermittel mit 5,7 Prozent beteiligt. Hauptgewinner der Exportkonjunktur war die Metall- und Maschinenindustrie. Im Maschinen-, Instrumente- und Apparatebau stieg die Ausfuhr um 13,5 Prozent; der Uhrenexport nahm um 7,8 Prozent zu; der Export chemischer und pharmazeutischer Produkte erhöhte sich um 6,9 Prozent. Auch auf der Einfuhrseite entfiel die größte Zunahme (29,7 Prozent) auf den Fabrikateimport (Maschinen, Apparate, Autos, Instrumente usw.), während die wertmäßige Steigerung bei den Rohstoffen 11,8 Prozent und bei den Nahrungs-, Genuß- und Futtermitteln 9,7 Prozent ausmachte.

Die auf Hochtouren laufende Wirtschaft ließ die Fiskaleinnahmen des Bundes ansteigen. Die Einnahmen des Bundes waren 1961 um

172 Mio Fr. höher als im Vorjahr, obwohl das Jahr 1961 ein wehrsteuerschwaches Jahr war. Die Mehreinnahmen entfielen vor allem auf die Zölle (1960: 1061 Mio Fr.; 1961: 1280 Mio Fr.), die Warenumsatzsteuer und die Stempelabgaben. Die Fiskaleinnahmen des Bundes lagen im Jahre 1961 knapp unter der 3-Milliarden-Grenze. Sie waren um 400 Mio Fr. höher als im Budget vorgesehen.

Geld- und Kapitalmarkt

Konjunkturpolitisch bestand eines der größten Probleme des vergangenen Jahres darin, der zu großen Geldflüssigkeit zu steuern. Der starke Zustrom fremder Gelder im Zusammenhang mit der am 6. März 1961 erfolgten Aufwertung der D-Mark und der damit verbundenen währungspolitischen Unsicherheit stellte die Nationalbank vor große Aufgaben. Auch nachher (vor allem in der Jahresmitte) hielt der Geldzustrom an, wobei das Schwergewicht weniger bei der Transferierung ausländischer Gelder in die Schweiz lag als vielmehr bei der Repatriierung schweizerischer Guthaben aus dem Ausland. Man muß der Nationalbank das Zeugnis ausstellen, daß sie sich im Rahmen der ihr zustehenden Möglichkeiten mit Erfolg aus der Affäre gezogen hat.

Die Währungsreserven der Nationalbank haben im Laufe des Jahres 1961 von 10 auf 12 Mia Fr. zugenommen. Der Notenumlauf ist in derselben Zeitspanne von 6,8 auf 7,6 Mia Fr. angestiegen. Die Anleihsenmissionen erreichten im vergangenen Jahr eine Rekordhöhe. Der Nominalwert der Anleihsenmissionen stieg von 1741 Mio Franken im Jahre 1960 auf 2319 Mio Fr. im Jahre 1961. Unter Berücksichtigung der Konversionen ergibt sich für 1960 ein Neubedarf von 1600 Mio Fr., für 1961 ein solcher von 2197 Mio Fr. Der größte Teil des Zuwachses entfiel auf die Auslandsemissionen, war doch das Kreditbedürfnis des Auslandes außerordentlich groß. Von den Inlandsemissionen beanspruchte die Privatwirtschaft trotz der hohen Selbstfinanzierungsquote die meisten Mittel. Infolge der guten Finanzlage der Kantone und Gemeinden mußten diese nur relativ bescheidene Mittel auf dem Anleihensweg beschaffen. – Auch die inländischen Aktienmissionen nahmen zu. Sie stiegen von 2,5 Mia im Jahre 1960 auf 3,4 Mia Fr. im Jahre 1961. – Die übersteigerte Hochkonjunktur wirkte sich auch auf die Entwicklung der Aktienkurse aus. Der von der Nationalbank errechnete Aktienindex erhöhte sich von 802 Punkten Ende 1960 auf 1139 Punkte Ende 1961, was einer Steigerung von 42 Prozent entspricht.

Differenziertes Konjunkturbild

Wenn man von der Hoch- oder gar Ueberkonjunktur spricht, die im Jahre 1961 herrschte, dann muß zur Abrundung des Bildes auch festgestellt werden, daß diese Hochkonjunktur nicht alle Bran-

chen und Wirtschaftszweige im selben Ausmaß ergriffen hat. Ohne auf Details einzutreten, läßt sich feststellen: An der Spitze stehen das Baugewerbe, die Metall- und Maschinenindustrie und die chemische Industrie. Die Textilindustrie gehört zu den weniger dynamischen Wirtschaftszweigen; sie ist besonders konjunkturrempfindlich und den Modeschwankungen stark unterworfen. In der zweiten Jahreshälfte ist die Lage der Textilindustrie unsicherer geworden. Der Export ging zurück. Ein Sonderfall stellt die Landwirtschaft dar, die trotz Bevölkerungsvermehrung und Verbrauchssteigerung eher auf der Schattenseite der Konjunktur sich befindet. Immerhin wurde durch eine ganze Reihe von Maßnahmen die Einkommenslage der Bauern im Jahre 1961 verbessert.

Nicht alle Bevölkerungskreise partizipieren im gleichen Maße am Segen der Hochkonjunktur. Die Unternehmer erzielten hohe Gewinne. Die Arbeitnehmer haben es in der Hochkonjunktur leichter, vertragliche und individuelle Lohnerhöhungen durchzusetzen. Benachteiligt sind vor allem die Rentner, die ihr festes Einkommen nicht so leicht verbessern können.

Für das Jahr 1962 sind die Konjunkturaussichten ungewiß. Möglicherweise wurde der Höhepunkt des Konjunkturzyklus bereits überschritten. Damit stellt sich wieder einmal die beunruhigende Frage, ob wir nicht mit eventuellen Konjunkturdämpfungsmaßnahmen zu spät kommen. Selbst wenn dies der Fall wäre, sollte es uns jedoch nicht davon abhalten, das konjunkturpolitische Instrumentarium des Bundes und der Nationalbank zu erweitern. An dieser Stelle kann darauf verzichtet werden, die hierfür notwendigen Maßnahmen aufzuzählen und zu diskutieren. Es darf diesbezüglich auf die Eingabe der «Aktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Konsumenten» an den schweizerischen Bundesrat verwiesen werden, die in dieser Nummer der «Gewerkschaftlichen Rundschau» im Wortlaut publiziert wird.

Dr. Benno Hardmeier, Bern.

Ziele der Wirtschaftspolitik

Der Gewerkschaftsbund betrachtet es als Hauptaufgabe der wirtschaftlichen Tätigkeit und der Wirtschaftspolitik, im Rahmen einer auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichteten Politik eine produktive Vollbeschäftigung zu gewährleisten und einen höheren Lebensstandard zu verwirklichen.

Aus dem Arbeitsprogramm des Schweiz. Gewerkschaftsbundes.